

Jus-Student Dominique Jaussi

«Schweizer Banken investieren in Atombomben. Das ist verboten – eigentlich»

BHRC heisst der Verein, den Dominique Jaussi zusammen mit anderen StudentInnen gründete. Sie wollen Verstösse von Schweizer Unternehmen gegen die Menschenrechte untersuchen. Doch dann verschiebt die Veranstaltung «Swiss Youth Bans the Bomb» diesen Fokus.

Bernard van Dierendonck,
Text und Foto

6,624 Milliarden Dollar investierten Schweizer Banken im vergangenen Jahr in die Produktion von Atombomben. Das ist eineinhalb Mal so viel, wie der Schweizer Staat für die Armee ausgibt. Alleine die UBS ist mit über fünf Milliarden Dollar beteiligt. Weitere wichtige Atombombeninvestoren sind die CS mit 1,4 Milliarden und die Nationalbank mit 500 Millionen Dollar. Diese Fakten entnimmt man einem Bericht, den Dominique Jaussi und drei weitere StudentInnen publizierten. Aber ihr 20-seitiges Dokument «Das schweizerische Finanzierungsverbot von Kernwaffen im Kriegsmaterialgesetz» wäre kaum an die Öffentlichkeit gelangt, hätten sich die vier AutorInnen konsequent an ihre Prinzipien gehalten.

«Aktivismus ist nicht unsere Sache. Lautstarke Organisationen gibt es bereits mehr als genug», sagt Dominique Jaussi. Darum gründet er 2011 zusammen mit StudentInnen unterschiedlicher Fachrichtungen den Verein BHRC. Der Name «Business and Human Rights Conform» unterstreicht ihre nüchterne und faktenreiche Arbeitsweise. Trocken und korrekt bis zur letzten Fusszeile wollen sie Missstände in der Geschäftswelt Paragraf für Paragraf untersuchen.

Zum Menschenrechtsjuristen wurde der heute 25-jährige Jaussi aus purem Zufall: Für seine Bachelorarbeit wählte er die Fachrichtung Völkerrecht. Aber 59 seiner KommilitonInnen hatten dieselbe Idee. Das waren dem Professor 30 BewerberInnen zu viel. Das Los musste entscheiden. Dominique Jaussi hatte Glück und erhielt das Thema «Schweizer Unternehmen und Menschenrechte». Bei seinen Nachforschungen stiess er, wenig erstaunlich, auf den Rohstoffmulti Glencore mit Firmensitz in Zug. Das Vorgehen des Grosskonzerns im zentralafrikanischen Staat Sambia rüttelten den jungen Studenten auf: «Dort schürfen Menschen für Glencore mit blossen Händen nach Kobalt. Minen versuchen das Trinkwasser und die Arbeiterkinder leben in totaler Armut, das darf doch nicht sein!»

BHRC wollte ursprünglich solche Machenschaften nicht nur aufdecken, sondern auch ein Label für Unternehmen werden, die sich an die Menschenrechte halten.

Das Sarab-Prinzip

Mit einem Augenwinkern erzählt Dominique Jaussi, dass er für die Gründung des BHRC von Erfahrungen aus der Gymzeit profitieren konnte: «Zusammen mit zwei Freunden belegten wir damals das Freifach Miniunternehmung und gründeten die Firma Sarab, das ist arabisch und heisst Sirup.» Für die Produktion von «Slow Food»-Sirup aus exotischen, frisch gepressten Bio-Früchten besetzten die Schüler die Posten vom Unternehmensleiter bis zum Pressesprecher, kämpften sich durch Lebensmittelvorschriften, kauften Kronbügelflaschen, gestalteten die

Etiketten und die Webseite, experimentierten mit diversen Fruchtarten, verwarfen ungeniessbare Kreationen und vermarkteten den Mango-, Ananas- und Kiwisirup so gut, dass das Geschäft sogar rentierte. Mit ihrer süssigen Firma gewannen sie den nationalen Wettbewerb «Young Enterprise Swiss (YES)». Als Preisträger wurden die Gymnasiasten zur internationalen Miniunternehmungsversammlung ins norwegische Bodø eingeladen. Für die drei war das der Höhe-, aber zugleich auch der Schlusspunkt von Sarab. Was geblieben ist, sind ein paar leere Kronbügelflaschen als Erinnerung und das Know-how, wie man ein neues Projekt erfolgreich lanciert.

«Weltweit gibt es 17 000 Atombomben. Innerhalb von zehn Minuten kann damit die ganze Welt ausgelöscht werden.»

Für BHRC professionalisiert Jaussi das Sarab-Prinzip. Bald steht eine gepflegte Webseite mit Logo, Definition der Ziele und detaillierter Beschreibung aller sich im Verein engagierenden MitarbeiterInnen. Kaum sind die ersten Projekte lanciert, werden die StudentInnen von der kritischen Ärzteorganisation IPPNW zur Mitarbeit an der Veranstaltung «Swiss Youth Bans the Bomb» angefragt. Der Anlass möchte ein junges Publikum über die Bedrohung durch Atomwaffen aufklären. Am Seminar lernen Dominique Jaussi und seine KollegInnen, dass diese Bomben auch die Schweiz betreffen: «Weltweit gibt es 17 000 Atombomben. Innerhalb von zehn Minuten kann damit die ganze Welt ausgelöscht werden!» Als sie dann noch erfahren, dass die Schweizer Finanzwirtschaft diesen Schrecken mitfinanzier, wird das Thema für BHRC zum Arbeitsschwerpunkt.

Wie düster diese atomare Bedrohung auch klingt, wie trocken und ernst sein Engagement, Dominique Jaussi ist kein Kind von Traurigkeit. Wenn er über seine Arbeit erzählt, schwärmt er, wie «lässig» die nationale und internationale Vernetzung sei. Er reist sogar nach Hiroshima und Nagasaki, tauscht sich dort mit StudentInnen aus. Über Facebook bleibt er im steten Kontakt mit Gleichgesinnten.

Was Recht ist, muss Recht bleiben

Fürs Porträtfoto zu diesem Artikel wählen wir die rechtswissenschaftliche Bibliothek der Universität Zürich. Es ist ein besonderes Gebäude, erbaut vom spanisch-schweizerischen Architekten Santiago Calatrava. Im ehemals grossen Innenhof des Sandsteinbaus ragen heute sechs ovale Etagen aus Holz. Hier reiht sich die juristische Fachliteratur auf, stehen Tische und Stühle für die Studierenden. «Das Gebäude ist sehr ringförmig», flüstert Jaussi. Auf der Suche nach dem passenden Fotostandort schleichen wir auf Zehenspitzen, achten, dass kein Objektivdeckel scheppernd auf den Marmorboden des Lichthofs fällt, und hoffen, dass die Fotoblitz die Studierenden nicht



Dominique Jaussi in der rechtswissenschaftlichen Bibliothek: «Leider ist das Schweizer Kriegsmaterialgesetz ein zahlloser Tiger.»

ablenken. Denn was Recht ist, muss Recht bleiben. Das gilt auch für die leisen Bibliotheksgesetze.

Ein kleiner Bereich von Airbus arbeitet an der Modernisierung des französischen Atombombenarsenals.

Nach dem Fototermin im Flüsterton setzen wir uns in die vegane Mensa der Uni. Nicht, dass einer von uns dem Verzehr tierischer Nahrungsmittel abgeneigt wäre, aber hier finden wir auch um die Mittagszeit noch einen ruhigen Platz. Es riecht nach Curry, doch die Fakten über die Schweizer Bombenverstrickungen verdrängen den Appetit. Die Zahlen zu den Geldern, die Schweizer Banken in Atomwaffen investieren, beruhen auf den Nachforschungen der holländischen Organisation PAX. Während in China, Nordkorea, Israel, Pakistan und Russland der Unterhalt und die Modernisierung von Atomwaffen vor allem von staatlichen Betrieben ausgeführt wird, beauftragen die USA, Frankreich, Indien und Grossbritannien privatwirtschaftliche Firmen mit diesen Aufgaben. Die PAX-Aktivisten

durchforschen die internationalen Finanznachrichten der Agenturen Bloomberg und Reuters: Wer direkt an der Entwicklung, der Produktion, dem Unterhalt und dem Handel von Atomwaffen beteiligt ist, nukleare Sprengköpfe oder Raketen fabriziert, kommt auf die PAX-Liste. So entdecken die holländischen AktivistenInnen im UBS-Portfolio verschiedene bekannte Waffenproduzenten wie die Firmen Safran, Fluor oder Raytheon. Es fällt auf, dass der grösste Teil (66 Prozent) der UBS-Atombombengelder dem Passagierflugzeugbauer Airbus zukommen. Jaussi: «Ein kleiner Bereich von Airbus arbeitet an der Modernisierung des französischen Atombombenarsenals. Dass dies unter dem Deckmantel eines Herstellers von Ferienflugzeugen geschieht, kommt der Firma gelegen. Dasselbe gilt auch für die amerikanische Boeing, die schon immer Interkontinentalraketen baute.» Pikant: In Norwegen ist es deswegen dem Staatsfonds verboten, in die Wertpapiere von Airbus und Boeing zu investieren.

Die Schlupflöcher im KMG sehen nur Juristen

Dem BHRC dient die PAX-Liste lediglich als Grundlage. Der grosse Verdienst des Vereins ist die Untersuchung der rechtlichen Situation in der

Schweiz. Denn eigentlich liest sich das schweizerische Kriegsmaterialgesetz (KMG) zu dieser Thematik ganz erfreulich:

«Laut Art. 8b KMG ist die direkte (und indirekte Art. 8c KMG) Finanzierung von verbotenen Kriegsmaterial untersagt. Darunter fallen laut Art. 7 Abs. 1 lit. a KMG Kern-, biologische und chemische Waffen, Antipersonenminen (Art. 8 KMG) sowie Streumunition (Art. 8a KMG).» Aber wieso investieren die Schweizer Banken nun trotzdem Abermilliarden in das Bombengeschäft? Die StudentInnen erklären im über 20-seitigen Bericht, warum das KMG leider nur ein zahlloser Tiger ist. Doch als juristischer Laie ist es nahezu unmöglich, der Begründung zu folgen. Die vielen Kürzel, Fussnoten und Fremdwörter verdichten den Paragrafendschungel. Irgendwann fühlt man sich als juristischer Analphabet und versteht beim besten Willen die Schlupflöcher der Banken nicht.

Holländische AktivistInnen entdeckten im UBS-Portfolio verschiedene bekannte Waffenproduzenten.

Das BHRC-Credo, rein faktisch zu arbeiten, mag RechtswissenschaftlerInnen ansprechen, nur die Öffentlichkeit erreicht der Verein damit nicht. Sie sehen ein: Wenn ihre Arbeit etwas bewirken soll, geht es nicht ohne Aktivismus. Sie holen Hilfe unter anderem bei den Vermarktungsprofis der GSoA. Diese erkennen den Zündstoff, kontaktieren kundige Journalisten und erreichen die Publikation von zwei grossen Artikeln im Tages-Anzeiger. Was auffällt: In der Zeitung wird der Studentenverein mit keinem Wort erwähnt. Es entsteht der Eindruck, dass der Bericht von der GSoA, der IPPNW und der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Nuklearwaffen (ICAN) verfasst wurde. Fühlen sich die AutorInnen nicht um die Früchte ihrer Arbeit betrogen? Jaussi: «Diese Arbeitsteilung ist ganz in unserem Sinn. Uns fehlen die Kapazitäten und das Know-how für die Öffentlichkeitsarbeit.» Selber engagiert sich Jaussi neu auch noch als Vorstandsmitglied von ICAN und bewegt sich jetzt auf beiden Ebenen. Zum Abschluss des Studiums arbeitet Dominique Jaussi an seiner Masterarbeit. Dieses Mal muss ihm nicht das Losglück die Augen öffnen. Ganz wissenschaftlich, korrekt bis in die hinterste und letzte Fussnote, will er abklären, ob die Schweizer Nationalbank nicht doch die Bundesverfassung verletzt, wenn sie in völkerrechtlich kontroverse Waffen investiert. Auf eine Kooperation seitens der SNB kann Jaussi kaum hoffen. Es ist bekannt, dass sich die Bank bei Anlageentscheidungen auf die Analysen von externen Beratern stützt. Diese evaluieren Unternehmen, ob sie gravierende Umweltschäden verursachen, international geächtete Waffen produzieren oder die Menschenrechte verletzen. Die Atomwaffenbranche gehört offenbar nicht dazu. Jaussi: «Wenn wir hier nicht dranbleiben, dann geht die SNB mit dieser Kontroverse so um, wie mit anderen auch: Sie wird das einfach aussitzen.»